



neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Montag, 24. April 2017

72. Jahrgang/Nr. 95

Bundesausgabe 1,70 €

www.neues-deutschland.de

Foto: AFP/Marco Longari



STANDPUNKT
Die Alternative für Petry

Robert D. Meyer über den Parteitag der AfD in Köln

Wie sich Machtverhältnisse doch innerhalb kurzer Zeit verändern können: Noch vor zwei Jahren feierte die AfD-Basis ihre damals neue Vorsitzende Frauke Petry als starke Kraft, die taktisch gerissen ihren Vorgänger Bernd Lucke entmachtete. In Köln musste die Parteichefin nun erleben, was es heißt, wenn nicht sie die Strippenzieherin eines Intrigantentums ist. Diese Rolle hat nun Parteivize Alexander Gauland übernommen. Er ist die graue Eminenz der Rechtsaußenpartei, ihr Chefstrategie und bildet nun mit Alice Weidel das Spitzenteam zur Bundestagswahl.

Taktisch war die Entscheidung klug, bedienen beide doch unterschiedliche Wählergruppen. Weidel als Ökonomin soll die AfD als Anti-Euro-Partei in Erinnerung rufen, Gauland wird dagegen die nationalistische Erzählung von einem Europa der Völker fortsetzen. Festzuhalten bleibt: Die Machtverhältnisse in der AfD haben sich verschoben, programmatisch ändert sich nichts. Ideologische Ursachen hatten die Kämpfe in der Partei nie, es ging allein um Macht und Strategie.

Falsch ist deshalb auch die Erzählung, Petrys gescheiterter »Zukunftsantrag« hätte die Partei zähmen sollen. Der Vorstoß war reines Machtkalkül, weil selbst Gauland sagt, irgendwann wolle die AfD auch regieren. Nur brauche es dafür keinen konkreten Jahresplan, weil die Partei ihren Erfolg vor allem aus der verkürzten Parole gegen »die da oben« zieht. Eine Strategie, mit der die »Neue Rechte« leider in ganz Europa Erfolge feiert.

UNTEN LINKS

Irgendwie hat sich Markus Söder mit seinem Kostüm in der gerade mal ein paar Wochen zurückliegenden Fastnachtszeit doch ein bisschen vergriffen. Zwar ist der von ihm toll verkörperte Homer Simpson auch eine streitbare wie tragische Figur. Aber für das Ungemach, das auf den bayerischen Finanz- und Heimatminister nun wartet, steht die Comicfigur denn doch nicht. Wenn CSU-Chef Seehofer am heutigen Montag den Bayern verkündet, ihnen als Ministerpräsident und CSU-Vorsitzender erhalten zu bleiben, ist das zwar nicht nur für Söder eine schlechte Nachricht – aber sie bedeutet vor allem für ihn die weitere Verlängerung seiner, nicht immer mit Geduld ertragenen Wartezeit. Und dass man sich irgendwann auch als Dauerkronprinz lächerlich macht, weiß freilich auch der Franke. Er hätte also zur 2017er Fastnacht – sozusagen im Vorgriff auf die absehbare Seehofer-Demütigung – durchaus offensiver sein können. Und als Prinz Charles garantiert die Lacher auf seiner Seite gehabt. oer

Trauer um Opfer der Taliban

140 Tote durch folgenschweren Angriff auf afghanische Militärbasis



Angehörige der getöteten Soldaten gedenken der Opfer, die zur Bestattung in ihre Heimatgemeinden gebracht wurden.

Foto: AFP/Wakil Kohsar

Kabul. In Kabul und anderen Orten Afghanistans trauerten Angehörige am Sonntag um ihre Toten. Nach muslimischem Brauch mussten sie innerhalb von 24 Stunden beerdigt werden. Mehr als 140 Menschen waren getötet und weitere 160 verwundet worden, als ein Kommandotrupp von Taliban am Freitag eine Basis der Afghanischen Nationalen Armee (ANA) angegriffen hatte. Am Sonnabend und Sonntag waren die Opfer in ihre Heimatorte zurückgebracht worden, um dort bestattet zu werden.

Am Sonntag hatte Präsident Aschraf Ghani einen Tag der Trauer ausgerufen. Man wolle

»den ehrenwerten und tapferen muslimischen Soldaten Tribut zollen, die während des Freitagsgebets zu Märtyrern geworden« seien, erklärte das Präsidialamt in Kabul in der Nacht zum Sonntag. Ghani hatte am Samstag den Stützpunkt bei Masar-i-Scharif in der Nordprovinz Balch besucht, wo die Taliban ihre Attacke durchgeführt hatten. Die zehn Angreifer wurden nach stundenlangen Gefechten getötet. In der Kaserne arbeiten auch deutsche Ausbilder aus dem nahen Bundeswehr-Feldlager Masar-i-Scharif. Deutsche Soldaten seien aber zum Zeitpunkt der Attacke nicht vor Ort gewesen, sagte ein Bundeswehrsprecher.

Ungeachtet dessen erklärte die Bundeswehr den Taliban-Angriff zu einem Beleg für die Schlagkraft der ANA. »Letztendlich haben die afghanischen Sicherheitskräfte auch diese Situation in den Griff bekommen«, sagte ein Sprecher des Einsatzführungskommandos am Samstag gegenüber dpa. »Das zeigt auch, dass wir weitermachen müssen mit unserem Trainingsauftrag.«

Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen sagte gegenüber »Bild am Sonntag«, man wolle »die afghanische Bevölkerung weiter darin unterstützen, eigene Sicherheitskräfte in ihrem Land auszubilden.«. roe Seite 7

Von der Antarktis bis zum Kapitol

Weltweit demonstrierten Tausende Menschen beim »March for Science« für freie Forschung

Rechtspopulisten stellen die Freiheit der Wissenschaft in Frage. Weltweit wurde sich dagegen am Wochenende gewehrt.

Von Simon Poelchau

Mit der Aufklärung kam der Aufstieg der Wissenschaften. Nicht mehr religiöser Glaube, sondern wissenschaftliche Erkenntnisse sollten erklären, was wahr ist und was falsch. Doch diese jahrhundertalten Grundwerte sehen Forscher überall auf der Welt in Gefahr. »Mit Besorgnis sehen wir, wie die Basis unserer aufgeklärten Gesellschaft von einigen im In- und Ausland zur Disposition gestellt wird«, sagte der Physiker und Wissenschaftsjournalist Ranga Yogeshwar am Samstag beim »March for Science« in Berlin. Anstelle gesicherter Erkenntnisse würden Vorurteile verbreitet und »alternative Fakten« konstruiert, um Ängste zu schüren und Stimmung zu machen.

Rund um den Globus demonstrierten am Wochenende Tausende Menschen für die Freiheit der Wissenschaften. Und dies ist wortwörtlich gemeint. Los ging es am Samstag in Neuseeland, wo sich Hunderte Wissenschaftler und ihre Unterstützer in Wellington, Dunedin, Queenstown, Christchurch, Palmerston North und Auckland versammelten. Auch in Australien demonstrierten Tausende auf den Straßen von Sydney, Melbourne, Hobart, Perth, Brisbane und Townsville, wie der Sender ABC berichtete.

Sogar in der Antarktis wurde das Prinzip der Vernunft verteidigt. Wissenschaftler der Polarforschungsstation »Neumayer III« hielten dort in Eiseskälte ein Transparent mit einem Zitat der Physiknobelpreisträgerin Marie Curie hoch: »Man braucht nichts im Leben zu fürchten, man muss nur alles verstehen. Jetzt ist die Zeit mehr zu verstehen, damit wir uns weniger fürchten.«

Das Zentrum der Proteste war die US-Hauptstadt Washington, wo die Demonstranten zum Kapitol zogen. Denn dort befindet sich für viele ein Hauptfeind der Wissenschaften: Es ist Präsident Donald Trump, der mit seinen »al-

»Man braucht nichts im Leben zu fürchten, man muss nur alles verstehen.«

Marie Curie

ternativen Fakten« gegen wissenschaftliche Erkenntnisse wie den menschengemachten Klimawandel anredet und der Forschung die Fördermittel massiv zusammenkürzen will. »Ohne Daten und ohne Wissenschaften werden wir unseren Planeten schwächen und unsere Zivilisation ausrotten. Deswegen brauchen wir die For-

schung«, warnte deswegen der NASA-Astronaut Leland Melvin.

»Wo Grundfesten der Wissenschaftsfreiheit in Frage gestellt sind, stehen die offene Gesellschaft und Demokratie in Gänze auf dem Spiel«, sagte der forschungspolitische Sprecher der Grünen im Bundestag, Kai Gehring, der »weltweit autoritäre, nationalistische und rechtspopulistische Strömungen und Autokratien« erstarken sieht. Es reiche daher seitens der Bundesregierung nicht länger aus, die weltweit vielerorts massiven Gängelungen »mit Sorge« nur zu beobachten.

Hierzulande gingen nicht nur in Berlin, wo mit 11 000 Teilnehmern unerwartet viele zum »March for Science« kamen, Tausende Menschen für die Freiheit von Wissenschaft und Forschung auf die Straße. In München waren es rund 3000 Teilnehmer, in Freiburg, Göttingen und Frankfurt am Main jeweils etwa 2500. mit Agenturen Seite 2

AfD driftet weiter an rechten Rand

Parteitag bestimmte Spitzenduo für Bundestagswahl / Vor der Tür Protest

Köln. Parteivize Alexander Gauland und die baden-württembergische Spitzenkandidatin Alice Weidel sollen die AfD in den Bundestagswahlkampf führen. Das entschieden die Delegierten des Parteitages am Sonntag in Köln und drängten so Parteichefin Frauke Petry weiter zurück. Gauland gilt als Vertreter der nationalkonservativen Kräfte in der Partei. Weidel gehört der seit 2015 schrumpfenden Strömung der Wirtschaftsliberalen an.

Die Delegierten konnten das Tagungshotel nur unter Polizeischutz erreicht. Sie wurden von Demonstranten mit Sprechchören und Pfiffen empfangen. Demokraten kritisierten den Rechtsaußenkurs der AfD. Die präsentiere sich »als Eldorado für Rechts-extremisten und Antisemiten«, erregte sich der Grünen-Bundestagsabgeordnete Volker Beck. Kölns Oberbürgermeisterin Henriette Reker (parteilos) betonte: »Rassismus und Fremdenhass beginnen nicht erst mit Gewalttaten und Anschlägen, sondern mit Reden und Propaganda, in Sälen, auf Flugblättern und öffentlichen Plätzen.« nd Seite 5

Schweigemärsche in Venezuela

Opposition plant »nationale Blockade« von Straßen

Caracas. Mit Schweigemärschen haben in Venezuela die Gegner von Präsident Nicolás Maduro der getöteten Demonstranten der vergangenen Wochen gedacht. Die in weiß gekleideten Oppositionsanhänger versammelten sich am Samstag in vielen Städten, um zu den dortigen Bischofsitzen zu marschieren. Anders als die Proteste der vergangenen Wochen verliefen die Demonstrationen in Caracas, Maracaibo, Barquisimeto und San Cristóbal weitgehend friedlich.

Für den heutigen Montag plant die Opposition eine »nationale Blockade« von Straßen. Die Demonstrationen finden in einer äußerst angespannten Lage statt. In der Nacht zum Freitag wurden in Caracas zwölf Menschen getötet. Die Zahl der Todesopfer seit Beginn der jüngsten Protestwelle gegen Maduro vor drei Wochen stieg damit auf insgesamt 20.

Die Opposition wirft der Regierung vor, Demonstranten gezielt von Milizen erschießen zu lassen. Die Regierung weist das zurück. AFP/nd

Erneut Debatten um die Pkw-Maut

Medienbericht: Regierung plant streckenabhängige Abrechnung

Berlin. Das Bundesfinanzministerium will die geplante Pkw-Maut an die zurückgelegten Kilometer der Autofahrer koppeln. Das berichtet das Nachrichtenmagazin »Stern« unter Berufung auf eine Stellungnahme des Bundesrechnungshofs zur Neuordnung der Bund-Länder-Finzen. Dem Bericht zufolge zitiert der Rechnungshof darin aus einer Ministeriumsvorlage, in der es heißt: »Danach strebt es (das Ministerium) überdies an, die Infrastrukturabgabe in eine streckenabhängige Maut umzuwandeln.«

Verkehrsministerium und Finanzministerium widersprechen der Darstellung: »Eine streckenbezogene Pkw-Maut ist weder geplant noch politisch gewollt«. Bei einer streckenabhängigen Maut, die Vielfahrer besonders belastet, wären vor allem Pendler betroffen. Es dürften dann deutlich mehr Pkw als bisher auf Nebenstraßen ausweichen. Die Pkw-Maut, zunächst als Infrastrukturabgabe geplant, soll es von 2019 an geben. Der Bundesrat hatte Ende März nach jahrelangem Streit den Weg frei gemacht. dpa/nd

